

Einleitung

Die große Gereiztheit

»Eigentlich ist alles in Ordnung. Drei Mahlzeiten am Tag, immer genug zu tun, und wenn die Katze auf dem Baum sitzt, kommt die Feuerwehr. Die Renten sind sicher, Häuser und Autos glänzen prächtig, und viele denken in den dunklen Stunden des Nachmittags schon an die kommenden Sommerferien. Und doch [...] wenn man in die Ferne schaut, die zeitliche oder räumliche, sieht es dunkel aus. Wie zu viele dunkle Folien schieben sich die Krisen, die Sorgen vor jede Lichtquelle, plötzlich erscheint der Horizont beladen und beängstigend. Und wenn man darüber reden möchte, wird es schnell noch beklemmender. Jeder Smalltalk gerät zum Zank, es ist im Alltag wie auf der politischen Bühne: Nerven liegen blank, Kooperation wird gemieden, Sprüche werden geklopft. Also werden Fäuste in der Luft geschüttelt oder auf die eigene Brust getrommelt. Es ist, als spielten alle eine berühmte Episode aus Thomas Manns ›Zauberberg‹ nach, das Kapitel von der ›großen Gereiztheit‹.«
Nils Minkmar, »Gereiztes Land kurz vorm Durchdrehen«, Der SPIEGEL vom 22.02.2016

Die deutsche Gesellschaft ist polarisiert. Im europäischen und internationalen Vergleich zählt Deutschland zu den reichsten Industrienationen der Welt und gleichzeitig gilt das Land als eines mit der höchsten Vermögensungleichheit (Alvaredo et al. 2018; Fratzscher 2016; Oxfam 2019). Das reichste Prozent der Deutschen verfügt über ebenso viel Vermögen wie die 87 ärmeren Prozent der deutschen Bevölkerung, 80 %

der deutschen Wirtschaft befinden sich in Familienhand. Trotz überdurchschnittlich guter Konjunktur im letzten Jahrzehnt gilt im Jahr 2018 jedes fünfte Kind als arm (BMAS 2017). Die Steuereinnahmen steigen seit Jahren,¹ Deutschland ist Exportweltmeister – zugleich glauben immer mehr Bundesbürger*innen, ihren Kindern werde es einmal schlechter gehen als ihnen selbst (Bude 2014; Nachtwey 2016). Vor diesem sozioökonomisch paradoxen Hintergrund spielen sich wertepolitische Polarisierungen ab, die den gesellschaftlichen Diskurs dominieren: Gegner*innen und Befürworter*innen der pluralen Demokratie stehen sich in verfeindeten Lagern gegenüber und streiten um die Grundlagen des Zusammenlebens (Nassehi 2013). Parallel zur strukturellen und sozialen Ungleichheit wächst die kulturelle und emotional-identifikative Desintegration – also das Gefühl, sich nicht mehr mit dem Land, in dem man lebt, identifizieren zu können und dessen kulturelle Prämissen und Selbstbeschreibungen nicht mehr zu teilen; der Migrationsforscher Klaus Bade spricht hier von »zunehmender Kulturangst« (Bade 2016). Bernhard Pörksen beschrieb in seinem gleichnamigen Buch 2018, die große Gereiztheit als einen Erregungszustand des digitalen Zeitalters, welches den Verlust einer gesicherten Wahrheit mit sich führt und die Menschen in ihren Wahrnehmungen der Welt verängstigt.

Dabei ist eine teilweise dystopische Stimmung zu beobachten und das Land befindet sich in akutem Identitätsstress. Als Erklärung werden in Meinungsumfragen neben Globalisierungsängsten, Europamüdigkeit, Elitenkritik und Genderverwirrung immer stärker Überfremdungs- und Islamisierungsängste genannt (Bertelsmann Stiftung 2015a; Infratest dimap 2010, 2016a), bedingt durch die gestiegene Zahl von Migrant*innen: Man erkenne sein Land nicht mehr wieder durch die vielen Fremden; ob Deutschland noch Deutschland bleiben werde in Anbetracht der vielen Muslime im Abendland? Migration spielt im öffentlichen Diskurs eine immer stärkere Rolle. Es kann regelrecht eine Omnipräsenz von Migrationsdebatten konstatiert werden, und zwar nicht erst seit dem Anstieg der Fluchtmigration im Jahre 2015. Das Thema Migration in Form von Ein- und Auswanderung, aber auch als bewertende und zuschreibende Ordnungskategorie ist in der politischen und gesellschaftlichen Beschreibung des Landes allgegenwärtig. Migration hat sich regelrecht zu einem Metanarrativ entwickelt, das vielfach als alles erklärende Kategorie herangezogen wird: Bildungs-

¹ Vgl. BMF (2019).

rückstände, Kriminalität, soziale Transferleistungen, Wohnungsnot, Geschlechterungleichheit, Antisemitismus und viele sozialstrukturelle und -kulturelle Probleme mehr werden mit diesem Metanarrativ erklärt, welches in grundlegende gesellschaftliche Lebensbereiche hinein übertragen wird: ob Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Politik, Religiosität etc. – die deutsche Gesellschaft scheint sich vor dem Hintergrund der Migrationsdebatten identitär neu zu ordnen.

Doch die Kopplung der Identitätsfrage an die Zahl der Migrant*innen bzw. Menschen muslimischen oder anderen Glaubens ist ein kausaler Trugschluss, der sich nicht nur am Beispiel der – relativ zur Gesamtbevölkerung – geringen Zahl der Muslime in Deutschland dekonstruieren ließe, von denen gegenwärtig knapp sechs Millionen hier leben. Und auch die 2,5 Millionen Geflüchteten, die im Zuge der Fluchtmigration 2015/16 nach Europa kamen, davon ca. 1,2 Millionen nach Deutschland, können nicht als relevante quantitative Größe den vermeintlichen Identitätsverlust und den Anstieg des Rechtspopulismus legitimieren. Zum einen, weil die Zahl der Geflüchteten nach Europa im Vergleich zu 500 Millionen EU-Bürger*innen weiterhin sehr marginal ist – selbst für Deutschland, das Land mit den absolut genommen höchsten Aufnahmezahlen, bleiben die Geflüchtetenzahlen von 2015/16 zusammen noch unter einem Prozent der Gesamtbevölkerung –, zum anderen, weil die rechtspopulistischen Parteien weit vor der Flüchtlingskrise bereits in den meisten europäischen Parlamenten vertreten waren und zunehmend Wähler*innen und politisches Terrain gewinnen konnten, ohne dass einer der 2,5 Millionen Geflüchteten seinen Fuß auf europäischen Boden gesetzt hatte. Die Feindseligkeit gegenüber Minderheiten hängt also nicht von der Größe ihrer Gruppe ab – was die Judenfeindlichkeit in der gesamten europäischen Geschichte belegen kann.

Es geht in Wahrheit also gar nicht primär um Migration – die große Gereiztheit liegt vielmehr daran, am eigenen Anspruch einer weltoffenen, aufgeklärten Demokratie zu scheitern. Die Migration ist dabei der Spiegel, in dem wir diese Gewissheit erkennen: Wir sind hässlich geworden und wir schieben die Wut auf den Boten, der uns das übermittelt. Dies ist die Hauptthese dieses Buches. Der Kernkonflikt in postmigrantischen Gesellschaften dreht sich nur an der Oberfläche um Migration – tatsächlich ist der Konflikt jedoch angetrieben von der *Aushandlung und Anerkennung von Gleichheit als zentralem Versprechen der modernen Demokratien*, die sich auf Pluralität und Parität als Grundsatz

berufen. Die Omnipräsenz des Migrationsdiskurses verdeckt diesen zentralen Aushandlungskonflikt. Um die Probleme zu erkennen, die derzeit Gesellschaften polarisieren, müssen wir hinter die Migrationsfrage schauen, also postmigrantisch denken. Dazu ist es erforderlich, den Fokus auf gesellschaftspolitische Kernkonflikte um Anerkennung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe zu lenken, die als umkämpfte politische Güter auch von Migrant*innen und ihren Nachkommen beansprucht werden. Das ist der Kern einer postmigrantischen Analyse.

Die Ausgangsthese ist also, dass Migration sich regelrecht zu einer Chiffre für Pluralität herauskristallisiert hat, in deren Ablehnung sich gleichermaßen die Abwehr weiterer pluraler Lebensentwürfe bündelt. Denn mit dem Aufstieg des Rechtspopulismus werden im Windschatten der Migrationsabwehr auch andere liberale Pluralitätsentwürfe zurückgedrängt. Antifeminismus, Homo- und Transphobie, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus und Xenophobie sind sichtbare Elemente einer Vereindeutigungspolitik geworden, der es zunehmend gelingt, Wählerschichten zu mobilisieren. Auch Teile der unentschiedenen Mitte fühlen sich von den vermeintlich klaren Angeboten angezogen, die in die Arena der verwirrenden Pluralität eingespeist werden: Rückkehr zu Nation, Religion oder Männlichkeit – teilweise in karikaturesker Übertreibung – bestimmen nach einem Zeitalter liberaler Demokratiebewegungen in erhöhtem Maße das politische Angebot. Ob Trump, Putin, Bolsonaro, Erdoğan, Orbán oder Netanjahu; ob Salafismus, Hindu-Nationalismus, ultra-orthodoxes Judentum, schiitische Allmachtsphantasien oder christliche Evangelikale; ob Alt-Right, »America First«, »La France d'abord«, »Deutschland den Deutschen« oder die Siedlungspolitik im Westjordanland – weltweit ist eine Politik der Anti-Liberalität auf dem Vormarsch. Sie alle kombinieren Vorstellungen homogener und/oder superiorer Nationalität mit einer patriarchalen Inszenierung, die suggeriert, man hole sich zurück, was der Nation gehöre: vergangene Stärke und verlorene Macht. Was die letzten Jahrzehnte als Folge von emanzipativer Politik als überholt galt, inszeniert sich heute als Politik für das vermeintlich klar definierbare »Volk« und als subversive Neudefinition von Bürgerlichkeit und Konservatismus neu. Der Rechtspopulismus schlägt offen zurück und stellt das Normensystem der pluralen Demokratie in Frage, besonders dort, wo die Forderungen nach Gleichheit automatisch auch die Infragestellung von Privilegien mit sich führen – z. B. als (Frauen-)Quoten, Gleichstellungsgesetze, Antidiskriminierungsrichtlinien oder Sprachsensibili-

sierung. Die Gleichheits- und Emanzipationsprozesse werden als Bevormundung, Volksverrat oder Luxusprobleme inszeniert; dabei wird kaschiert, dass eine feministische Politik auch gleichzeitig eine Anti-Ungleichheitspolitik ist – noch immer sind alleinerziehende Frauen die Gruppe, die am stärksten von Armut betroffen ist – und dass anti-rassistische Politik auch handfeste Arbeiterpolitik ist – Migrant*innen und ihre Nachkommen sind überwiegend immer noch Arbeiter*innen. Eine Politik, die sich um ihre Belange sorgt, sollte also nicht als entkoppelte Identitätspolitik diskreditiert werden. Der Schulterschluss, der gegen Gender-, Gleichstellungs- und Migrationspolitik von den Rändern bis in die Mitte der Gesellschaft hinein gesucht wird, basiert auf dem Verweis darauf, dass die Vertreter*innen der pluralen Demokratie ihre Bodenhaftung verloren und durch ihre politische Korrektheit das Volk bevormundet hätten, welches sich jetzt aus der moralischen Unterdrückung befreie.

Die Abwehr von Migration ist also nicht nur ein Phänomen gesellschaftlicher Ränder (Zick et al. 2016; Brähler/Decker 2018). Seit beinahe einem Jahrzehnt – beginnend mit den Debatten um Thilo Sarrazins Buch »Deutschland schafft sich ab« im Jahr 2010 – können wir in der deutschen Gesellschaft entlang der Positionierung zu Migration einen Rollback erkennen. Während das Jahrzehnt zuvor, besonders seit der Zuwanderungskommission unter der Leitung von Rita Süssmuth von Entwicklungen in Richtung der Akzeptanz, ein Einwanderungsland zu sein, geprägt war, hat sich die Abwertung von migrantisierten Anderen wieder als Teil des Sagbarkeitsrepertoires der gesellschaftlichen Mitte etabliert. Rückblickend reihen sich die Sarrazin-Debatten der frühen 2010er in eine Reihe von nationalen Debatten ein, die zeitgleich auch in anderen europäischen Einwanderungsländern rund um das Thema der nationalen Identität und Zugehörigkeit geführt wurden. Die Schweiz, Frankreich, England, Holland – sie alle handelten gegen Ende der nuller Jahre ihre nationale Identität in Feuilletondebatten und Fernsehsprachen neu aus. Und sie alle schärfen ihre nationale Identität in der Auseinandersetzung mit Eingewanderten und speziell den als »Anderen« konstruierten Muslimen in ihren Ländern. Globalisierung, Schengen, »Europa ohne Grenzen« und die Position als globale Weltbürger auf der einen Seite korrelierten mit der Sehnsucht nach Einengung und Grenzziehung im Inneren.

Als die Schweiz im Jahr 2009 ihr Minarettverbot aussprach, knüpfte parallel dazu in Frankreich der damalige französische Staatspräsi-

dent Nicolas Sarkozy seine Debatten um die *identité nationale* ebenfalls an die Sichtbarkeit und Anerkennungsforderung der Muslime. Demut und Zurückhaltung, »une humble discrétion«, forderte er von den Muslimen, die sich als legitime Staatsbürger Frankreichs sahen und für sich ein Recht auf Praktizierung ihrer Religion und ein Heraustreten aus der Unsichtbarkeit der Assimilation einforderten (Le Bars 2009). Auch die Niederlande waren in den Jahren 2009/2010 mit Geert Wilders' Aufstieg und zunehmenden antimuslimischen Debatten konfrontiert. Ausgelöst durch den Mord am Regisseur Theo van Gogh durch einen radikal-islamistischen Attentäter marokkanischer Herkunft im Jahr 2004 waren dort bereits gesellschaftliche Auseinandersetzungen um das Zusammenleben mit muslimischen Einwanderern sowie um die Politik der multikulturellen Gesellschaft entbrannt. Die kontroverse Frage, die seitdem europaweit debattiert wird, ist, ob die multikulturellen Gesellschaften zu nachlässig im Umgang mit Minderheiten waren und zu freimütig erkämpfte emanzipatorische Rechte aufgegeben haben oder ob sie, im Gegenteil, vielmehr ihrem Versprechen der Gleichheit von Anbeginn nicht konsequent genug nachgekommen sind (Modood 2007; Grillo 2007; Scheffer 2011). Die Islamdebatten der 2010er Jahre fielen außerdem in einen Kontext, in dem europäische Gesellschaften auch mit terroristischen Attentaten durch Islamisten, teils in Form von *home-grown terrorism*, konfrontiert wurden. Einige europäische Länder wie England, Frankreich, Spanien oder die Niederlande waren zudem in Kriegen und Konflikten in muslimischen Ländern wie Afghanistan und dem Irak involviert. Die äußeren kriegesischen Konflikte, die innere Bedrohungslage durch Terroranschläge und die steigende Radikalisierung salafistischer Gruppierungen erzeugten ein zunehmendes Misstrauen und pauschale Abwertungen gegenüber muslimischen Einwanderern und ihren Nachkommen (Triandafyllidou/Modood 2006).

In den beginnenden 2000er Jahren hatte allerdings die zunehmende Liberalisierung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, die im Anschluss folgende Globalisierung, die Auseinandersetzungen mit kultureller Diversität und das gestiegene Bewusstsein gegenüber Diskriminierung und Nichtanerkennung zu veränderten politischen Erkenntnissen und zu emanzipativen Bestrebungen in den europäischen Gesellschaften geführt. Zunehmend verstanden sich diese, als plurale und offene Einwanderungsländer. Diese emanzipativen politischen Prozesse hatten auch die Migrant*innen und ihre Nachkommen in die Position versetzt, ihre Rechte auf strukturelle, soziale, kulturelle und

identifikative Anerkennung offensiver einzufordern und auszuhandeln. Sie sahen sich im Recht, als Teil der Gesellschaft sichtbarer aufzutreten und auch in ihrer Verschiedenheit Teil des Kollektivs zu sein. Eine außen- und innenpolitisch explosive Situation nach dem 11. September, den Kriegen in Irak und Afghanistan und ersten Terrorattacken im Inland traf also auf ein zeitgleich stattfindendes Erwachen der Einwanderungsgesellschaften und ihrer Einwanderer. Das erzeugte soziale und identitäre Spannungen, in deren Kontext bis heute die Aushandlungskämpfe um nationale Zugehörigkeit und die Rolle von Migration – und daran geknüpft und teilweise synonym dazu verwendet: die Rolle von Islam und Muslimen in Europa – zu verorten sind.² Die Fluchtmigration der Jahre 2015/16 hat diese Debatten nur verschärft; sie hat sie weder ausgelöst noch begünstigt.

Über Migration, Muslime und Islam werden Fragen von Rassismus, Antisemitismus, Geschlechtergerechtigkeit, Homophobie, sozialem Aufstieg und sozialer Ungleichheit gleichzeitig thematisiert – oder aber auch unsichtbar gemacht und de-thematisiert. Migration ist also einerseits Auslöser gesellschaftspolitischer Debatten um Normen und Werte, dient aber andererseits auch dazu, die Aushandlung zentraler Wertedefizite in der Gesellschaft zu überdecken: Wenn z. B. Antisemitismus vorrangig als ein Kernproblem der nach Deutschland geflüchteten Muslime diskutiert wird, so verdeckt die überbordende Kopplung dieser Normverletzung an die Migrationsfrage die Sachlage, dass Antisemitismus nicht erst durch Migration nach Deutschland gekommen ist und dass es in allen Berichtsjahren der Kriminalstatistik vor allem Personen waren, die dem rechten Spektrum zugeordnet werden, die antisemitische Delikte verübten – 2017 waren es z. B. 1.412 der knapp 1.500 Täter. Das Gleiche gilt für die Debatten um Geschlechtergerechtigkeit oder soziale Abstiegsängste durch erhöhte Migration. Diese gesellschaftlichen Konfliktfelder sind und bleiben auch ohne Migration virulent – aber Migration nimmt zunehmend die Rolle eines Katalysators ein. Die Migrationsdebatten verdecken und transzendieren also gleichzeitig Grenzen gesellschaftlicher Konflikte. Es wäre daher notwendig, eine postmigrantische Perspektive einzunehmen, um die zu-

2 Riem Spielhaus macht in zahlreichen Texten darauf aufmerksam, wie die Verknüpfung von Islam und Migration die gesellschaftlichen Debatten prägt und wie die Begriffe ›Migrant‹ und ›Muslim‹ synonym und austauschbar verwendet werden (Spielhaus 2011, 2013a, 2018).

grundlegenden Konflikte auf ihren Migrationsbezug hin zu überprüfen oder sie in ihrer allgemeinen Ausprägung beschreiben zu können.

Niemand wird leugnen, dass traumatische Erfahrungen auf der Migrationsroute einen Effekt auf psychisches Verhalten haben – und niemand stellt in Frage, dass dies ein Problem ist, welches mit Migration zu tun hat, ebenso wie Depression und Verlustangst durch die Sehnsucht nach der verlorenen Heimat entstehen können oder rückständige Rollenbilder, ethnische Konflikte, Männlichkeitsvorstellungen und Demokratiedistanz mit migrieren können. Auch eine verfehlte Migrationspolitik, die kaum Wege zur legalen Einwanderung ermöglicht, oder Rechts- und Statusentscheidungen in Bezug auf Aufenthalt oder Abschiebung erzeugen Konflikte, wie z. B. Illegalität oder Kriminalität, die einen Bezug zur Migration haben. Allerdings bleiben Fragen der Wohnungsnot, der Kinderarmut, der Geschlechterungleichheit, des Antisemitismus, der Bildungsmisere etc. allesamt bestehen, auch wenn es keinen einzigen Migranten in diesem Land gäbe. Also muss auch auf die Verdeckung dieser Konfliktlinien durch das Dauerthema Migration hingewiesen werden, um dieses alles überlagernde Thema zu dekonstruieren und hinter der Migrationsfrage nach Fragen von Statusverteidigung und Selbstbildkonstruktionen zu blicken, die möglicherweise einen Hinweis darauf liefern, warum so viele Ängste auf »die Migranten« transportiert werden. Geht es bei den aktuell als Migrationskonflikte markierten Kämpfen und dem Anstieg der Rechtspopulisten wirklich um Migration – verstanden als dauerhafte Verlagerung des Lebensmittelpunktes von Menschen aus anderen Ländern –, oder geht es vielmehr um Fragen der sozialen Anerkennung, auch verbunden mit der Sicherung der eigenen Privilegien gegen aufsteigende Nachfolgenerationen und ehemals marginalisierte gesellschaftliche Gruppen, die in der gesellschaftlichen Distributionsarena nach den gleichen Ressourcen und Privilegien verlangen?

Eine Gesellschaft, die normativ die Hierarchisierung in Etablierte und Außenseiter nicht nur ächtet, sondern aktiv in Frage stellt und angreift – indem sie Anerkennungspolitiken zum zentralen Ausgangspunkt ihrer Selbstbeschreibung macht und die binäre Codierung in »Migranten und Einheimische« für aufgelöst erklärt, kann als postmigrantische Gesellschaft bezeichnet werden. Sie stellt die große Frage danach, wie wir über die gesellschaftliche Trennlinie der Migration *hinaus* gelangen können, wenn wir in immer pluraler werdenden Gesellschaften zusammenleben wollen. Wenn knapp 40% der schulpflichti-

gen Kinder in diesem Land einen Migrationshintergrund haben, dann wird die etablierte defizitäre Kategorisierung des migrantischen Anderen in absehbarer Zeit nicht mehr hinreichend sein und auch nicht mehr hingenommen werden. Das führt in postmigrantischen Gesellschaften zu einem Anstieg von kulturellen und emotional-identifikativen Debatten um Heimat, Nation und Zugehörigkeit zur kollektiven Identität.

PmG – kurz und knapp

Warum aber soll diese Gesellschaft »post«-migrantisch heißen, wenn es doch scheinbar die ganze Zeit um Migration geht? Die zentrale Annahme ist, dass es nicht um Migration selbst geht, sondern um gesellschafts-politische Aushandlungen, die *nach* der Migration erfolgen, die *hinter* der Migrationsfrage verdeckt werden und die *über* die Migration *hinaus* weisen. Konkreter: es geht hier nicht mehr darum, *ob* Deutschland ein Einwanderungsland ist, sondern *wie* dieses Einwanderungsland gestaltet wird:

- In postmigrantischen Gesellschaften stehen die Aushandlungsprozesse *nach* der Anerkennung, ein Migrationsland bzw. Einwanderungsland geworden zu sein, im Fokus. Die Gesellschaft formuliert sich in diesem Kontext neu – auch identitär;
- in postmigrantischen Gesellschaften werden auf der Matrix der Migrationsfrage relevante gesellschaftliche Normen und Wertedebatten geführt und dabei *hinter* der Migrationsfrage andere Kämpfe um strukturelle, soziale, kulturelle und identifikative Anerkennung ausgeblendet;
- das »post« weist auch *über* die trennende Migrationslinie *hinaus*: Die etablierte binäre Codierung in Einheimische und Eingewanderte löst sich auf, da Migration sich bei aller »Gereiztheit« zunehmend in die Komposition und Selbstbeschreibung der Gesellschaft einwebt und es für dieses *agreement* des gesellschaftlichen Zusammenlebens vielfältige Allianzen gibt.

Der Zugang zu dieser Gesellschaftsanalyse ist ein zeitdiagnostischer (Nowicka 2018). Die Forschung dazu ist empirisch-analytisch angeleitet und normativ grundiert. Gleichzeitig ist ein kritisch-dialektischer

Fokus des Hinterfragens und Neubetrachtens erkenntnisleitend für die Analyse. Im Unterschied zur Ungleichheitsforschung mit ihrem starken Fokus auf strukturelle und soziale Ungleichheit addiert der disziplinäre Zugang über die Integrationsforschung zusätzlich kulturelle und symbolische, also auch emotional-identifikative Ansätze in die Analyse gesellschaftlichen Zusammenlebens ein. Dieser multiparadigmatische Zugang unterscheidet den Ansatz der postmigrantischen Gesellschaftsanalyse von ökonomischen und sozialstrukturellen sowie modernisierungstheoretischen Ansätzen, die gesellschaftliche Konflikte und zunehmende Abwertung vor allem im Kontext sozialer Ungleichheit, ökonomischer Statusverluste und Modernisierungs- bzw. Globalisierungsverunsicherung interpretieren. Deren Grundanalysen werden von der postmigrantischen Gesellschaftsanalyse nicht in Frage gestellt, jedoch gibt es vermehrt Hinweise darauf, dass die Unterstützung für rechtspopulistische Parteien sowie Migrations- und Minderheitenfeindlichkeit keineswegs nur in sozial schwachen und verunsicherten Strukturen präsent sind, wo es in der Migrationsfrage vor allem um Konkurrenz um Arbeit, Wohnen oder sonstige Versorgungsgüter geht. Vielmehr scheinen sie zunehmend auch ein Phänomen bürgerlicher Abwehr zu sein und haben in den reichsten Ländern der Welt zum Einzug islamfeindlicher Parteien in die Parlamente geführt. Sie sind gruppiert um Fragen der Zugehörigkeit und Anerkennung sowie um eine Sehnsucht nach Eindeutigkeit, die in der Bestimmung einer nationalen Identität, einer Heimat und einer Grenze erkennbar wird. Insofern sind auch Fragen der Definitionsmacht und Dominanzkultur von Relevanz, die vor allem in der Rassismusforschung eine Rolle spielen (Attia et al. 2015; Shooman 2014; Terkessidis 1998; Rommelspacher 2001).

Bevölkerungsumfragen machen deutlich, dass Migrationsfeindlichkeit, gekoppelt mit Islamfeindlichkeit, auch in statushohen und statusstabilen Gruppen präsent ist (Heitmeyer 2011; Pew Research Center 2018) und mit der Emanzipation und Integration der Migrant*innen und Muslim*innen offenbar zunimmt – von »Statusbedrohung durch Migranten, die zu den besten Aspiranten auf Integration zählen« spricht etwa Sutterlüty vom Frankfurter Institut für Sozialforschung (2010). Sind es also der Aufstieg, die Emanzipation und die Sichtbarkeit der Minderheiten, die die Gesellschaften Europas so stark polarisieren, weil sie Anerkennung einfordern, die nur gewährt werden kann, wenn sich etablierte privilegierte Positionen öffnen? Ist es die zunehmende

Ambivalenz und Hybridisierung der Gesellschaft, die die Sehnsucht nach Homogenität antreibt und Debatten der nationalen Identität wieder in den Vordergrund rückt? Ist es das Hadern mit den eigenen Normen, die Gleichheit versprechen und nicht erfüllen? Führt diese hohe Norm der Demokratie zur Polarisierung, weil ihre Nichterfüllbarkeit die Gesellschaft zunehmend in Gereiztheit versetzt und ein Teil der Gesellschaft mit einer Absenkung der Norm darauf antwortet? Und welche Rolle nehmen in diesem gesellschaftlichen Konfliktfeld »die Migranten«, »der Islam« und »die Muslime« ein? Diesen Fragen soll in diesem Buch nachgegangen werden.

Zum Aufbau

Das Buch hat einen Grundlagenteil zur Einführung in das Konzept, eine Kernthese und drei Hauptkapitel. Alle Kapitel sind zweiteilig aufgebaut: Es gibt zunächst eine theoretische Einführung in das Konzept, das diskutiert wird, und dann empirische Hinweise, um die Theorie zu vertiefen. Die empirischen Ergebnisse basieren zum größten Teil auf zwei Erhebungen, die als repräsentative Bevölkerungsumfragen in den Jahren 2014 sowie 2018/19 unter meiner Leitung an der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt wurden und sich mit Einstellungen innerhalb der Bevölkerung in Deutschland gegenüber Religion, Identität und nicht-dominanten Gruppen in der Gesellschaft befassen.³ Teilweise werden in den Kapiteln auch selektiv ausgewählte

3 Die in diesem Buch verwendeten Ergebnisse basieren auf zwei repräsentativen Bevölkerungsumfragen. Die Erste, im Jahr 2014 bundesweit durchgeführte Datenerhebung, erfasste Einstellungen der Bevölkerung in Deutschland zu Gesellschaft, Religion und Identität. Insgesamt wurden 8.270 Menschen telefonisch befragt. Aus der ersten Erhebungswelle im Jahr 2014 ergaben sich zahlreiche Publikationen, unter anderem die Studie: Naika Foroutan/Coşkun Canan/Sina Arnold/Benjamin Schwarze/Steffen Beigang/Dorina Kalkum (2014): »Deutschland postmigrantisch I. Gesellschaft, Religion, Identität – Erste Ergebnisse«, die im Folgenden in diesem Buch unter »Foroutan et al. 2014« zitiert wird. Weitere empirische Befunde in diesem Buch basieren auf einem zweiten, im Jahr 2018/2019 bundesweit erhobenen Datensatz zu Einstellungen der Bevölkerung Deutschlands, mit einem Schwerpunkt auf Einstellungen gegenüber nicht-dominanten Gruppen wie Ostdeutschen, Muslimen und Migranten. Die Größe des Datensatzes (n=7.233) und die disproportional geschichtete Stichprobe erlauben es, Aussagen nicht nur für Gesamtdeutschland, sondern auch für Ost- und Westdeutschland sowie einzelne bevölkerungsreiche

exemplarische Studien anderer Wissenschaftler*innen herangezogen. Der empirische Teil bezieht sich ausschließlich auf Deutschland und es handelt sich vor allem um deskriptive Analysen, die zur Hypothesenbildung herangezogen werden können. Aber die postmigrantische Gesellschaftstheorie, die hier entwickelt wird, muss nicht ausschließlich auf Deutschland beschränkt bleiben, im Gegenteil: ihre Annahmen können als Orientierungshypothesen dienen und fruchtbar auf andere Länder übertragen werden – auch wenn der Begriff in Deutschland entstanden ist. Das Herausfordernde ist, dass es sich hierbei um einen Begriff aus der Kunst- und Kulturszene handelt, der in diesem Buch auf die Sozialwissenschaften übertragen und operationalisiert wird.

Die meisten zur Veranschaulichung herangezogenen empirischen Studien (jedoch nicht alle) fokussieren dabei Einstellungen zu und insbesondere Abwertungen von Muslimen. Dabei geht es nicht darum, die Kategorie »Migrant« durch die Kategorie »Muslim« zu ersetzen, vielmehr wird der Umgang mit kulturellen, ethnischen, religiösen und nationalen Minderheiten exemplarisch am Beispiel der Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen als der größten religiösen Minderheit in diesem Land erhoben. Zugleich ist als ein starkes Erkennungsmerkmal rechtspopulistischer und migrationsfeindlicher Positionen auch eine starke Fixierung auf Islam und Muslim*innen erkennbar. Die Islam- und Muslimbilder dienen daher als Gradmesser der gesellschaftlichen Haltung gegenüber einer sich pluralisierenden und heterogenisierenden Gesellschaft, die hier in ihrer normativen Zielsetzung als »postmigrantisch« (also nicht mehr binär in »Migranten und Deutsche« codiert) bezeichnet werden soll.

Grundlagen und Kernthese – das Versprechen der pluralen Demokratie: Die Kernthese des Buches lautet, dass die plurale Demokratie, so wie sie im Deutschen Grundgesetz verankert ist, Gleichheit für alle verspricht, in Wahrheit jedoch mit wachsender Ungleichheit konfrontiert ist, und die Argumente, die im öffentlichen Diskurs dominieren, sich zu wenig mit sozialstrukturellen Fragen der Ungleichheit und zu viel mit einer Erklärung der Missstände über Migration befassen. Die Kernthese des Buches wird im Grundlagenkapitel ausgearbeitet und

Bundesländer zu treffen. Erste Befunde dieser Studie wurden publiziert unter dem Titel: Foroutan, Naika; Kalter, Frank; Canan, Coşkun; Simon, Mara (2019): Ost-Migrantische Analogien I. Konkurrenz um Anerkennung. Unter Mitarbeit von Daniel Kubiak und Sabrina Zajak. Berlin: DeZIM-Institut. Sie werden in diesem Buch zitiert als: »Foroutan et al. 2019«, der Datensatz heißt »Ost-Migrantische Analogien«.

der Begriff des Postmigrantischen genauer erklärt. Dieser quasi einführende Teil des Buches stützt sich vor allem auf demokratietheoretische Annahmen (Dahl, Mouffe), aber auch auf integrationspolitische Grundfragen (Bade, Bommers) und auf Vorarbeiten zum Konzept des Postmigrantischen (Mecheril, Spielhaus, Karakayali, Foroutan).

Kapitel I – Anerkennung und Aushandlung: Im ersten Kapitel folgt zunächst eine Einführung in Anerkennungsprämissen, vor allem auf Basis der Anerkennungstheorie Axel Honneths. Dabei wird auch Bezug auf Michèle Lamonts Erkenntnis genommen, dass Anerkennung nicht nur als strukturelle Verteilungsfrage (*distribution gap*) verstanden, sondern auch als kulturelle und identifikative Kluft (*recognition gap*) empfunden werden kann und symbolisch gewährt werden muss. Menschen streben nach Anerkennung. Die plurale Demokratie macht dieses Bestreben für alle legitim und gewährt Gleichheit auch vormalig marginalisierten Gruppen. Das Narrativ der Einwanderungsgesellschaft verspricht die Gleichwertigkeit explizit auch jenen, die nicht schon immer da waren: Migrant*innen und ihren Nachkommen. Der empirische Teil dieses Kapitels geht daher Anerkennungsdefiziten in zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens nach, um sie mit dem Versprechen der pluralen Demokratie zu kontrastieren. Dabei wird auf die Kernthese rekurriert, wonach die plurale Demokratie mit einem normativen Paradoxon konfrontiert ist: Sie wird angetrieben von einem Wert, den sie empirisch nachweisbar nicht gewährt.

Kapitel II – Ambivalenz: Im zweiten Kapitel wird darauf eingegangen, dass die Gesellschaft mit einer doppelten Ambivalenz konfrontiert ist. Zum einen muss sie die objektiv nachweisbare Ambivalenz des normativen Paradoxons ertragen – nämlich die oben genannte Tatsache, dass die plurale Demokratie eine Gleichheit als Ziel in Aussicht stellt, sie gar verspricht – aber nicht einlöst. Zum anderen muss sie mit einer zunehmenden subjektbezogenen Ambivalenz umgehen, nämlich der Tatsache, dass Staatsangehörigkeit gewährt wird und Migration als konstituierendes Element die deutsche Einwanderungsgesellschaft antreibt – jedoch Zugehörigkeit verwehrt wird und nationale Identität zum umkämpften Gut wird. Wenn zunehmend mehr Menschen für sich in Anspruch nehmen, deutsch zu sein, auch wenn ihre Vorfahren es nicht waren und sie selbst Namen haben, die nicht klassisch deutsch klingen, oder Haar- und Hautfarben, die nicht als typisch deutsch gelten, dann erzeugt diese Hybridisierung der Zugehörigkeit eine subjektbezogene Ambivalenz. Kulturelle und symbolische Begründungen

werden herangezogen, um dieser migrantisch markierten Gruppe das Versprechen der Demokratie vorzuenthalten (Bauman, Hall, Bhabha). Die empirischen Befunde in diesem Kapitel konzentrieren sich auf Stereotypisierung und Exklusion aus der kollektiven Identität.

Kapitel III – Antagonisten und Allianzen: Das letzte Kapitel setzt sich damit auseinander, wie unterschiedlich auf kognitive Dissonanzen reagiert wird, die sich aus dem normativen Paradoxon und der doppelten Ambivalenz ergeben. Während ein Teil der Gesellschaft auf den Widerspruch zwischen Norm und Empirie mit einer Absenkung der Norm reagiert, versucht ein anderer Teil der Bevölkerung durch den umgekehrten Weg, nämlich durch Ressourcenaufbau das Verhalten an die Norm anzugleichen. Wir können dabei neue postmigrantische Allianzen erkennen, die sich auf Basis eines strategischen Zusammenschlusses dem Versprechen der pluralen Demokratie annähern (Essed, Durkheim, Wimmer). Konfrontiert sind sie mit stark antagonistischen Positionen, die migrations-, minderheiten- und vor allem muslimfeindlich aufgestellt sind. Dazwischen gibt es eine unentschiedene Mitte, die tendenziell nach beiden Seiten mobilisierbar ist, wobei derzeit die antagonistischen, rechtspopulistischen Positionen offensichtlich stärker mobilisieren können. Dieses Kapitel basiert vor allem auf theoretischen Argumenten der Populismus- und Polarisierungsforschung (Mudde, Kaltwasser), aber auch auf sozialpsychologischen Zugängen zur Erfassung kognitiver Dissonanz (Festinger, Haisch). Empirisch werden dabei vor allem Befunde herangezogen, die die kognitive Dissonanz mit Bezug auf die gesellschaftspolitische Haltung zum Versprechen der Demokratie erheben.

Die Dynamik der postmigrantischen Gesellschaft spannt sich also in einem hochpolarisierten gesellschaftlichen Feld auf, in welchem neue Allianzen entstehen, um die plurale Demokratie zu verteidigen und das Versprechen der Anerkennung auszuhandeln, während gleichzeitig antagonistische Positionen nicht nur diese Allianzen in Frage stellen, sondern das Recht auf Anerkennung selbst. Fünf A's beschreiben somit in diesem Buch die Interaktionsdynamik der postmigrantischen Gesellschaft: Anerkennung, Aushandlung, Ambivalenz, Antagonismen und Allianzen.

Im Laufe der einzelnen Kapitel werden eine Vielzahl empirischer Studien als Evidenzen für die vermuteten Kernprozesse herangeführt. Diese sind nicht im Sinne strikter Hypothesentests zu verstehen, sondern als Hinweise auf die potentielle theoretische Fruchtbarkeit des ge-

nerellen Ansatzes zu lesen. Ähnlich wie bei anderen allgemeinen theoretischen Perspektiven gilt es, diesen Rahmen an vielen Stellen weiter mit spezifischen Randbedingungen und Detailmechanismen zu füllen, um zu empirisch strikter testbaren Hypothesen zu gelangen. Das Buch soll Orientierungshypothesen als Anstöße für die weitere Theorieentwicklung in der Migrationsforschung liefern mit dem Blick darauf, welche Fragen, Konzepte und Zusammenhänge von zentraler Bedeutung sind, um Dynamiken pluraler Demokratien zu verstehen. Es bedient sich dabei Prämissen der Ungleichheitsforschung, der Demokratieforschung, der Populismusforschung und der Rassismusforschung. Dem Buch liegen somit gleichzeitig eine normativ-ontologische und eine empirisch-analytische Perspektive zugrunde. Diese einander in der Migrationsforschung bislang konflikthaft gegenüberstehenden Theoriezugänge möchte die postmigrantische Gesellschaftsanalyse mittels einer kritisch-dialektischen Lesart miteinander verbinden. Das Buch ist damit auch als Versuch zu verstehen, die in der Migrationsforschung in Deutschland latent gegnerisch aufgestellten Lager und Prämissen der empirischen Sozialforschung und der kritischen Migrationsforschung miteinander in Dialog zu bringen.

